

Advent, Advent ...

Der Kieler Innenminister Stefan Studt bekommt immerhin Bauchschmerzen, wenn er an Abschiebungen nach Afghanistan denkt, und fragt sich: „Kann ich für mich verantworten, meinen Ausländerbehörden zu sagen, macht das, dort gibt es eine sichere Aufnahme?“

„Afghanistan ist kein sicheres Land!“ erklärt die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche Dietlind Jochims mit alttestamentlicher Entschiedenheit. Doch auch sie braucht unkonventionelle Wege, um mit dieser Binsen bis zur politisch verantwortlichen Klasse und in den Blätterwald durchzudringen. „Die Zahl der zivilen Opfer im Land ist so hoch wie nie zuvor. Die Einflussgebiete radikaler Gruppen und Terroristen weiten sich aus. Es gibt immer mehr Binnenvertriebene. Die Verslummung der großen Städte nimmt zu und die Perspektiven auf ein Leben in Sicherheit nehmen ab.“

Mit solchen afghanischen Alltäglichkeiten verbreitet Jochims seit dem 1. Dezember vorweihnachtlich solidarische Stimmung. Ihr Afghanistan-Adventskalender lässt im Internet die potenziellen Opfer einer seelenlosen Rechtslage zu Wort kommen: Soheila, Familie Rahimi, Yasin ... Jeden Tag ein Menschenleben. „Es sind eindrückliche Zeugnisse von Hoffnung auf Sicherheit, Erfahrungen von Gewalt, Angst, Liebe, von Verunsicherung und Lebenswillen.“ Und jedes für sich peinlicher Beleg für die Verlogenheit einer Politik, die sich nicht scheut, die Rückkehr in Minenfelder und Gewaltexzesse am Hindukusch als zumutbar zu erklären und gleichzeitig voll des Selbstmitleids über die zunehmende Zahl von schwer gewalttraumatisierten Bundeswehrheimkehrern herumsulamentieren.

200 internationale und syrische Hilfsorganisationen wenden sich am 1. Dezember mit einem gemeinsamen Aufschrei an die Vereinten Nationen. Der Sicherheitsrat habe versagt, das Martyrium der Zivilbevölkerung Syriens zu beenden. Also müsste nun die Generalversammlung das Ruder herumreißen. Die UN zählt die Toten längst nicht mehr. Im Februar 2016 schätzt eine Nichtregierungsorganisation 470.000 syrische Bürgerkriegstote durch Raketen, Fassbomben, Minenfelder, Massaker, Gasangriffe, kollektives Aushungern und den Zusammenbruch der Versorgungssysteme. Fast 5 Mio. haben bis dato ihr Leben ins Ausland gerettet, 8 Mio. irren als Binnenflüchtlinge zwischen den Frontlinien herum. Rund 4,5 Mio. Menschen überleben kaum in den für Helfer*innen nicht erreichbaren Regionen. Über 590.000 Syrer*innen sind in belagerten Zonen praktisch von der Außenwelt abgeschnitten.

Papperlapapp meint offenbar das Oberverwaltungsgericht Schleswig und weist die Klage einer Syrerin auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit der Unterstellung ab, sie sei unverfolgt aus ihrer Heimat ausgeweicht. Und überhaupt: Der Bundesaußenminister und quasi designierte Bundespräsident Steinmeier hat doch den Menschen in Syrien gerade erst Hilfen von 50 Mio. Euro zugesagt. Das

wären immerhin je 3,80 € für die 13 Mio. laut UN auf humanitäre Hilfe angewiesenen syrischen Männer, Frauen und Kinder.

Hierzulande versucht Ministerpräsident Torsten Albig sich von dem in Teilen der politischen Klasse zunehmend grassierenden Zynismus abzusetzen. Er erklärt bei der von ihm initiierten Flüchtlingskonferenz die seit dem vergangenen Jahr von öffentlichen Stellen, Verbänden und bürgerschaftlichen Initiativen geleistete integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen zum Erfolgsprogramm. Mehr noch: „Wenn es sein muss, schaffen wir es wieder“, hofft der MP.

Doch die meist ehrenamtlich organisierten Initiativen der Flüchtlingshilfe in Städten, auf dem Land, hinterm Deich und in den Kirchengemeinden ahnen allmählich, wieviel Solidarität ihnen noch abverlangt werden wird. Geschichten von gerichtsfester Missachtung von Asylgründen und Familiennöten, von einer die meisten Herkunftsgruppen ausgrenzenden Integrationsförderung oder von nächtlichen Abschiebungen bestimmen zunehmend ihren Alltag.

Da ist es zeitgemäß, dass der Leuchtturm des Nordens in diesem Jahr an eine Initiative gegangen ist, die in flüchtlingspolitisch unruhigen Zeiten beispielhaft und „unbeirrt an der Seite von Asyl- und Schutzsuchenden kämpft gegen bürokratische Hürden, rassistische Angriffe und – auch dann noch, wenn alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft scheinen – dafür, dass alle bleiben“.

Kiel, 3. Dezember 2016

Martin Link

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Angebote zur Mitarbeit sind erwünscht. Beiträge bitte nur als Text-Datei zusenden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Jasmin Azazmah, Andrea Dallek, (schlepper@frsh.de) ·

Layout: Kirstin Strecker · **Druck:** hansadruck, Kiel · **Fotos:** Marily Stroux (Titelfoto, Seiten 10, 29, 31, 34, 41, 43, 54, 61 und 69), Jasmin Azazmah (Seiten 5, 23 und 65), Heike Behrens (Seite 25), Irene Dulz (Seite 37), Michael Goos (Seite 22), Marion Kamp (Seite 21), Martin Link (Seite 22), Peter Martensen (Seite 17), Anja Meier (Seite 15), Reinhard Pohl (Seite 45), Farzaneh Vagdy-Voss (Seiten 13 und 55) · **ISBN:** 978-3-941381-25-4 · **Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper

Förderung: Das Projekt „Dezentrale Flüchtlingshilfe“ wird gefördert durch PRO ASYL, KED sowie UNO-Flüchtlingshilfe und kofinanziert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU.

Adresse: Der Schlepper · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431-735 000 · Fax: 0431-736 077 · office@frsh.de · www.frsh.de

